



**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bundesvorstand - Pressestelle
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

Mediendienst

09.09.2013 – PM 76/2013

Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin

Job-Motor „Umwelt“ wieder starten

Berlin – Eine klare grüne Botschaft platzierte Jürgen Trittin bei der Umweltgewerkschaft: Die Energiewende sozialer gestalten, das forderte der Grünen-Spitzenkandidat am frühen Montagabend auf dem Gewerkschaftstag der IG BAU in Berlin. Den Umweltsektor sieht er dabei als „Job-Motor“. So müsse der Ausbaustopp bei den erneuerbaren Energien rückgängig gemacht werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung habe in diesem Bereich „50.000 Arbeitsplätze kaputtgemacht“. Trittin forderte mehr energetische Gebäudesanierung: „Denn die beste Energie ist die eingesparte Energie.“ Zudem gehe es hierbei um Zehntausende von Arbeitsplätzen – auch in der Baubranche. Trittin forderte darüber hinaus den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen.

Neben der Umweltbotschaft machte Grünen-Spitzenkandidat Trittin Front gegen die Minijobs. Diese müssten eingedämmt werden: „Minijobs sind das Programm für Altersarmut.“ Die „Flucht in Werkverträge“ bezeichnete er als „Form der Sklaverei im Akkord, die es im reichsten Land Europas nicht geben“ dürfe. Trittin forderte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Abschaffung des 1,8 Milliarden Euro schweren Betreuungsgeldes. Zudem sprach sich der Grünen-Spitzenkandidat für die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen aus. Einem „2-Klassen-Gesundheitssystem“ erteilte er eine Absage. Mit Blick auf die Altersversorgung schlug Trittin eine Garantierente oberhalb der Grundsicherung im Alter vor: „Wer 33 Jahre dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, hat Anspruch auf eine Mindestabsicherung.“

Außenpolitisch warf Trittin der Bundesregierung im Syrien-Konflikt einen „abenteuerlichen Zickzackkurs“ vor. Jedes Vorgehen müsse auf der

Mediendienst

09.09.2013

Seite 2/2

Grundlage des Völkerrechts erfolgen. Es dürfe „keinen Freibrief für militärische Aktionen“ geben.

